

Fridays for Future

Die 1,5°C- Eckpunkte-Diskussion des Wuppertal Instituts
Eine Zusammenstellung von Rudi Gebhardt

Seit fast zwei Jahren streiken wir jeden Freitag – für eine lebenswerte Zukunft, für Klimagerechtigkeit und für die Einhaltung der 1,5-°C-Grenze. Seitdem waren wir laut, haben Forderungen aufgestellt und streikten mit Millionen Menschen weltweit. Seit fast zwei Jahren ist das Klima eines der größten Themen in Gesellschaft und Politik. Und gleichzeitig gibt es immer noch keine einzige Partei in Deutschland, die einen Plan zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens hat. Oder wenigstens einen Plan, was die Einhaltung der 1,5-°C-Grenze für Deutschland eigentlich bedeutet. Zwischen den Zielen aller politischen Parteien und der 1,5-°C-Grenze klafft eine gigantische Lücke.

So kann es nicht weitergehen. Deshalb zeigen wir noch einmal, dass die Wissenschaft hinter uns steht. Wir haben uns selbst an die Wissenschaft gewandt und gefragt: Was ist notwendig, um unter diesen 1,5 °C zu bleiben? Wir haben das renommierte „Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie“ beauftragt, in einer Studie herauszufinden, was die 1,5-°C-Grenze für Deutschland bedeutet und welche Möglichkeiten aus heutiger Sicht bestehen, sie einzuhalten. Und die Ergebnisse sind verblüffend!

Denn die Studie zeigt:

Wir können 1,5 °C noch einhalten! Aber der Weg dorthin wird eine Herausforderung. Um die 1,5-°C-Grenze mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 % zu erreichen, muss die Menge der zukünftig global ausgestoßenen Treibhausgase eng begrenzt werden. Das bedeutet: weltweit dürften nach Berechnungen des IPCC ab 2018 insgesamt noch maximal 580Gt CO₂ ausgestoßen werden. Und für Deutschland bleibt (anteilig an der Weltbevölkerung) gemäß des Sachverständigenrats für Umweltfragen ab dem Jahr 2020 noch ein Restbudget von 4,2 Gt CO₂, um einen fairen Beitrag zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens zu leisten.

Eine Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 °C würde die Risiken und Auswirkungen des Klimawandels gegenüber einer stärkeren Erwärmung erheblich verringern – unter anderem die Gefahr, unumkehrbare Kipppunkte im Klimasystem zu überschreiten. Die Einhaltung dieser Grenze ist also unabdingbar für eine lebenswerte und klimagerechte Zukunft.

Die Studie zeigt, dass kein Klimaziel der aktuellen Bundesregierung mit einer Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C vereinbar ist. Im Gegenteil: Sie würden zu einem mehr als doppelt so hohen CO₂-Ausstoß führen, wie ein pariskonformer Pfad. Das Wuppertal Institut erklärt: Das Einhalten der 1,5-°C-Grenzmarke ist nur dann möglich, wenn Deutschland bis etwa 2035 CO₂-neutral wird und auch nur dann, wenn die Emissionen schon in den unmittelbar vor uns liegenden Jahren extrem sinken. Das Erreichen von CO₂-Neutralität wäre "bis zum Jahr 2035 aus technischer und ökonomischer Sicht zwar extrem anspruchsvoll [...], grundsätzlich aber möglich", so die Studie.

Basierend auf diesen Erkenntnissen wurde in der Studie untersucht, was zum Erreichen von CO₂-Neutralität bis 2035 in den Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr und Gebäude notwendig ist.

Im Sektor der Energiewirtschaft fand das Institut unter anderem heraus, dass erneuerbare Energien und explizit die Wind- und Solarenergie in den kommenden Jahren stark aus-

gebaut werden müssen. Auch der Import von ausländischen klimaneutralen Energieträgern wird nötig sein. Natürlich müssen für die CO₂-Neutralität bis 2035 alle Kohle-, Öl- und Gaskraftwerke von Netz genommen sein. Die Studie stellt fest, dass für die Versorgungssicherheit in der Stromversorgung sowie für klimaverträgliche Industrieprozesse Wasserstoff gebraucht werden wird, der mindestens zu einem Teil in Deutschland durch erneuerbare Energien erzeugt werden könnte.

In den nächsten Jahren erreichen viele Industrieanlagen das Ende ihrer vorgesehenen Lebensdauer und müssen ersetzt werden. Deshalb ergibt sich im Sektor Industrie die Notwendigkeit, dass alle neuen Anlagen mit einer klimaneutralen Betriebsweise kompatibel sind. Außerdem müssten alle noch bestehenden Anlagen entweder stillgelegt oder auf nichtfossile Technologien umgestellt werden. Auch hier, so die Studie, wird Wasserstoff eine große Rolle spielen. Außerdem würde eine konsequente Kreislaufwirtschaft durch Re-Use, Re-Manufacturing und Recycling von Produkten den Energiebedarf der Industrie erheblich reduzieren und so deren Defossilisierung erleichtern. Die Studie unterstützt im Sektor Industrie außerdem eine deutlich höhere CO₂-Bepreisung in der Größenordnung von perspektivisch 180 € pro Tonne CO₂. Aber es wird auch klagend festgestellt: Der Aufbau der Infrastruktur für eine klimaneutrale Industrie muss schon beginnen, bevor die Nachfrage danach vorhanden ist. Andernfalls wird die Zeit für den Umbau nicht reichen. Entscheidungen müssen jetzt fallen und mit Geschwindigkeit und Entschlossenheit umgesetzt werden.

Der Verkehr in Deutschland hat einen enorm hohen Energiebedarf. Dieser muss, laut Studie, für eine Umstellung auf CO₂-Neutralität bis 2035 deutlich verringert werden. Verursacht wird der hohe Energiebedarf vor allem durch Autos und LKW, die gegenüber der Bahn ein Vielfaches an Energie verbrauchen. Deshalb sieht die Studie folgende Schritte als notwendig an: Eine Verkehrsvermeidung und -verlagerung, signifikant höhere CO₂-Preise auf fossile Kraftstoffe und die Abschaffung der vielzähligen klimaschädlichen Subventionen im Verkehr. In den verschiedenen Bereichen des Verkehrssektors sind zum Erreichen von Klimaneutralität bis 2035 unter anderem konkret notwendig: Die Halbierung des Autoverkehrs sowie die Verdoppelung des Öffentlichen Verkehrs, Ersatz der meisten verbleibenden Verbrennungs-PKW, ein Zulassungsverbot für neue Verbrennungs-PKW, die Verlagerung des Güterverkehrs zu großen Teilen auf die Schienen, die Beendigung des innerdeutschen Flugverkehrs und die Verwendung von ausschließlich synthetischen Kraftstoffen für den – ebenfalls stark reduzierten – verbleibenden Flugverkehr ab 2035.

Die Studie ergibt, dass im Gebäudesektor eine massive Steigerung der energetischen Sanierungsrate extrem wichtig ist. Energetische Sanierungsrate „ist, wie einen zweiten Pulli anzuziehen, damit es nicht so kalt wird... nur für Häuser“, so erklärte es zuletzt ein sehr kluger Mensch. Um diese Steigerung zu ermöglichen, ist ein umfassender Maßnahmenmix nötig und: Es braucht zusätzlich eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive im Handwerk. Denn, um die Sanierungen durchzuführen, sind aktuell nicht einmal genügend Handwerker ausgebildet... Außerdem, so stellt die Studie fest, muss der Einbau fossil betriebener Heizungen in kürzester Zeit beendet werden. Stattdessen sollten idealerweise die meisten neu eingebauten Heizungen Wärmepumpen sein.

Die Studienergebnisse zeigen also: 1,5-°C-Politik kann von deutscher Seite nur noch gewährleistet werden, wenn sich die Bundesregierung sofort umfassend auf die Reduktion der CO₂-Emissionen fokussiert und Klimathemen in allen Politikbereichen priorisiert. Das erfordert beispiellose politische Anstrengungen. „Ist [der gesellschaftliche und politische Wille] gegeben, stehen der Zielerreichung keine Hindernisse entgegen“, schreiben die Wissenschaftler*Innen des Wuppertal Instituts. Der gesellschaftliche Wille ist da, die

Unterstützung unserer Forderungen enorm – jetzt liegt es an Politiker*Innen aller Parteien, endlich faktenbasiert über das Klima zu sprechen und zu handeln.

Carla Reemtsma von FridaysForFuture, die die Studie auf einer Pressekonferenz vorstellt, erklärt: Keiner der Klimapläne, keines der Maßnahmenpakete oder Parteiprogramm-nur den Versuch, einen mit dem Pariser Klimaabkommen kompatiblen Emissionsreduktion zu verfolgen. Spätestens ab heute kann keine Entscheider*In mehr behaupten, nichts von den eigenen massiven klimapolitischen Versäumnissen gewusst zu haben.

Die Studie ist deshalb so erstaunlich, weil sie deutlich zeigt, wie weit alle Parteien und politischen Institutionen von ihren Beteuerungen zum Pariser Klimaabkommen und dem kritischen 1,5-°C-Ziel zu stehen, entfernt sind. Außerdem schafft sie eine Grundlage für eine ehrliche gesamtgesellschaftliche Debatte über mögliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise.

Dass sich so viele unserer Forderungen in der Studie wiederfinden – unter anderem die Forderung nach Nettonull 2035 oder nach einer CO₂-Bepreisung in Höhe von 180€ – zeigt, wie berechtigt sie waren und weiterhin sind. In der Ausarbeitung unserer Forderungen, in der Corona-Krise und mit Veröffentlichung dieser Studie sagen wir: hört auf die Wissenschaft und handelt jetzt!